Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 8 (1916)

Heft: 10

Artikel: Der Uebergang zur Friedenswirtschaft

Autor: M.N.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-350601

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Was den I. G. B. anbetrifft, wird er nach dem Schlusssatz seines Präsidenten im genannten Bericht einige Aenderungen erleiden müssen. Legien schreibt dort: « Da ich meinerseits das möglichste zu dem Ausgleich beitragen will, so werde ich in einigen Wochen den Landeszentralen einen solchen Reorganisationsvorschlag unterbreiten. »

Von allen Gesichtspunkten aus betrachtet, wird es folglich das beste sein, die Ereignisse abzuwarten.

G. Heymann, Sekretär
der Uhrenarbeiter der franz. Schweiz.

Der Uebergang zur Friedenswirtschaft.

Obgleich dem unheimlichen Kriege noch immer kein Ende abzusehen ist, beschäftigt man sich schon in einigen kriegführenden Ländern intensiv mit der Frage der « Abrüstung », der neuen Umschaltung der Industrie von der Kriegs- zur Friedensarbeit. Im Zeitalter der Elektrizität kommt es viel auf die Zeit an: wer sich früher den neu entstehenden Verhältnissen anzupassen versteht, der gewinnt einen nicht leicht wettzumachenden Vorsprung auf dem Weltmarkte. Darum wird eben in Deutschland, das seine Industrie auch zuerst für die Bedürfnisse des Krieges angepasst hat, heute sorgsam auch die Ueberleitung in den Friedenszustand erwogen, vorbereitet. Für die Schweiz hat dieses Problem zwar nicht die Bedeutung wie für die kriegführenden Länder; immerhin arbeitet auch hier ein grosser und immer steigender Teil der Unternehmungen für den Krieg. Abgesehen davon, wird es auch für ihre Stellung auf dem Weltmarkte davon abhängen, ob und inwieweit sie sich den neuen Wettbewerbsmethoden anzupassen imstande sein wird. Es gilt, die wirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen genau zu verfolgen, die allgemeinen Tendenzen kennen zu lernen, um nicht zwischen die Mühlsteine zu geraten, von den übermächtigen, sich einander bekämpfenden Nachbarn erdrückt zu werden. Es ist ferner notwendig, sich schon jetzt Klarheit darüber zu verschaffen, welche Länder nach dem Kriege noch Aussicht auf wirtschaftliches Fortkommen haben, was für die Anbahnung neuer wirtschaftlicher Verhältnisse von Bedeutung werden kann. Speziell für die Arbeiterschaft taucht mit der Ueberleitung der Industrie in den Friedenszustand eine Menge von Problemen auf, wie die Verwendung der während des Krieges neu hinzugekommenen Arbeitskräfte und Beschaffung von Arbeit für diejenigen, die heute notgezwungen der produktiven Arbeit entrissen sind, die Wiederherstellung der Schutzgesetze und Anpassung der Organisationsarbeit an die neuen Kampfbedingungen.

In einer Reihe von Abhandlungen an dieser Stelle haben wir es versucht, die allgemeinen wirtschaftlichen Folgen des Krieges zu kennzeichnen. Jetzt wollen wir noch einiges über den wahrscheinlichen Verlauf der Uebergangszeit hinzufügen und die Massnahmen andeuten, die unseres Erachtens unerlässlich sind, um die Wirtschaft zu kräftigen, ihr einen Halt im kommenden Wettbewerb zu geben. Wir werden noch Gelegenheit haben, in weiteren Untersuchungen manch andere Probleme der kommenden Wirtschaftsepoche zu streifen.

Vor dem Kriege und noch in seinen ersten Monaten war in Oesterreich-Ungarn und in Deutschland in der Geschäftswelt allgemein der Glaube verbreitet, dass auf den Krieg eine Hochkonjunktur folgen werde. Ein Vertreter einer Berliner Grossbank, *Hermann Hecht*, schrieb nach dem ersten Kriegsjahre im Berliner Tageblatt:

> « Wenn der Sieg über unsere Feinde erfochten und ihnen der Friede diktiert sein wird, wird ein Aufschwung in Deutschland einsetzen, wie ihn die Welt noch niemals erlebte... »

So dachten viele Unternehmer und liessen sich leicht in den Krieg hineinreissen... Man kalkulierte: der Krieg werde eine Menge von Gütern zerstören, die Wirtschaftskraft von Deutschlands Konkurrenten schwächen, indem man ihnen eventuell bedeutende Kriegsentschädigungen auferlegen werde, Deutschland hingegen neue Märkte eröffnen und darum also Deutschland einen Aufschwung von nie dagewesener Stärke bringen. Wir trafen diese verhängnisvolle Illusion auch bei « marxistischen » Volkswirten an, die ebenfalls glaubten, die Nachfrage nach Waren und mit ihr der wirtschaftliche Aufschwung, werden nach dem Kriege gross sein. Man übersah aber, dass nicht die Nachfrage die Produktion schafft, sondern dass umgekehrt von der Produktion auch die Nachfrage abhängt, dass die Entwicklungsmöglichkeiten einer Wirtschaft auf ganz anderen Momenten basiert, auf der lebendigen und toten (Kapital) Arbeit, dass aber bei geringer Produktionsfähigkeit die Nachfrage dem entsprechend eingeschränkt wird. Heute beginnen auch schon bürgerliche Volkswirte einzusehen, dass wir einer Periode tiefster Depression entgegengehen. *Lederer* im « Archiv für Sozialwissenschaft », *Eulenburg* in der « Neuen Rundschau » und jetzt auch *Stillich* in einer kleinen Schrift stimmen darin überein, dass von einem kommenden wirtschaftlichen Aufschwung keine Rede mehr sein könne.

In der Tat. Die Arbeiterschaft wird dezimiert und in ihrer Kaufkraft stark geschwächt sein. Die Lebensmittelpreise sind in Deutschland horrend (um 100 und mehr Prozente) gestiegen; der Lohn hat sich aber wenig verändert, von einigen Kriegsindustrien abgesehen. Das geht am besten

aus der offiziellen Lohnstatistik im deutschen Bergbau hervor. Danach betrugen im zweiten Vierteljahre im

		Durchschnittslohn	Hauerlohn	Vierteljahrslohn	Belegschaft
Ruhrrevier	1914	5.22 M.	6.19 M.	402 M.	405,000
	1915	5.39 »	6.66 »	445 »	273,000
	1916	6.28 »	8.05 »	525 »	295,000
Saarrevier	1914	4.42 »	5.08 »	325 »	49,336
	1915	4.31 »	5.08 »	344 »	30,612
	1916	4.96 »	6.06 »	395 »	32,901
Wurmrevier	1914	4.80 »	5.43 »	365 »	15,309
	1915	4.78 »	5.64 »	382 »	9,024
	1916	5.40 »	6.73 »	450 »	9,436
Oberschlesien	1914	3.65 »	4.87 »	267 »	134,334
	1915	3.79 »	5.28 »	293 »	105,195
	1916	4.54 »	6.62 »	348 »	106,944

Der Durchschnittslohn ist somit im Ruhrgebiet um 20,3 %, im Saarrevier um 12 % und in Oberschlesien 25 %; der Hauerlohn ist etwas stärker angestiegen, um 30 %, 19 % und 31 %. In den meisten andern Industriezweigen liegen die Verhältnisse noch schlimmer. Dass der Lohn nach dem Kriege stark erhöht wird, ist kaum anzunehmen. Tritt dies aber nicht ein, so kann also auch die Nachfrage nach Waren nicht gross, noch weniger dauernd sein.

Indes, für die Nachfrage nach Waren kommt heute weniger der persönliche Konsum als der industrielle Bedarf in Betracht. Der persönliche Konsum wirkt erst nachher, indem die als Folge des erhöhten industriellen Verbrauchs erzeugten Waren keinen Absatz finden, wenn der persönliche Verbrauch eingeschränkt ist und seine Ausdehnung auf Schwierigkeiten stösst. Der Bedarf der Industrie nach Maschinen, Rohstoffen usw. wird sicherlich gross sein. Immerhin darf man auch diesen nicht überschätzen. Denn das Baugewerbe, das für den Inlandverbrauch massgebend ist, wird wohl lange nach dem Kriege, schon infolge der Bevölkerungsverringerung, stocken. Wichtiger ist es, dass nicht der industrielle Bedarf an und für sich, sondern erst der *zahlungsfähige* Bedarf der Industrie an Maschinen und so weiter den Markt schafft. Viele Unternehmungen, vielleicht die Mehrheit, werden nach dem Kriege ihre Produktionsmittel erneuern, alle sich neue Lager Rohstoffe und Brennmaterial anschaffen müssen. Wo aber das Geld dazu nehmen? Womit dafür zahlen?

Wir nehmen zunächst das Land, auf dem die verheerenden Wirkungen des Krieges am deutlichsten hervortreten, Oesterreich-Ungarn. Die Kriegskosten dieses Landes werden für die ersten zwei Jahre auf 31 bis 32 Milliarden Kronen angegeben. Nun wird das gesamte Volksvermögen dieses Landes auf rund 126 Milliarden geschätzt. Davon verbrauchte der Krieg somit schon mehr als ein Viertel. Das Gesamteinkommen wird mit 22,08 Milliarden geschätzt. Die Ausgaben vor dem Kriege beliefen sich auf rund 5,24 Milliarden Kronen. Die siebenprozentige Verzinsung einer neuen Vierzigmilliardenschuld wird 2,8 Milliarden erfordern; hinzu kommen die Pensionen und die Ausgaben für Wiederherstellung des Lebens in den vom Krieg verheerten Provinzen usw., die man sicherlich mit rund zwei Milliarden im Jahre schätzen darf, so dass die Gesamtausgaben des Staates auf rund zehn Milliarden anwachsen müssen, d. h. auf beinahe die *Hälfte des Volkseinkommens vor dem Kriege.* Zuzurechnen sind noch die Ausgaben der autonomen Körperschaften, der Gemeinden usw. Was bleibt also noch für den Unterhalt und für die Wirtschaft übrig?

Nicht viel besser liegen die Verhältnisse selbst in Deutschland. Wenn hier das Volksvermögen auch das Dreifache des österreichisch-ungarischen beträgt, so sind die Kriegsausgaben mindestens doppelt so hoch als in Oesterreich-Ungarn. 46½ Milliarden hat Deutschland schon in Kriegsanleihen festgelegt. Nehmen wir an, dass die Industrie und Banken dazu nur die Hälfte, sicherlich mehr, beigesteuert haben. Das Kapital aller seiner Aktiengesellschaften betrug aber 1912/13 bloss 19,04 Milliarden Mark. Rechnet man auch die «Passiven» hinzu, d. h. die Schulden dieser Gesellschaften, die meist aus Warenschulden, Bankschulden usw. bestehen, so ergibt sich eine Summe von 49,5 Milliarden Mark. Selbstredend sind dabei doppelte und dreifache Zählungen. Denn die Schulden des einen Unternehmens sind gleichzeitig auch die Schulden oder das Aktienkapital des andern usw. Auch das Aktienkapital vieler Unternehmungen ist in Aktien der andern angelegt. Auf jeden Fall müssen wir annehmen, dass die Banken und Industriellen mindestens die *Hälfte, wenn nicht drei Viertel des Gesamtkapitals,* das in ihren Betrieben investiert war, also nicht nur ihres eigenen Aktienkapitals und ihrer Reserven, sondern auch der geborgten und noch nicht bezahlten Waren, *in Kriegsanleihen verwandelt haben.* Der Reichtum eines reichen, blühenden Landes ist in einen *Berg Schuldpapiere* verwandelt! Aehnlich liegen die Verhältnisse in den andern kriegführenden Ländern.

Kann man noch einen wirtschaftlichen Aufschwung erhoffen? Wir werden in den folgenden Artikeln die Methoden kennen lernen, die die Industrie selbst im Kampfe um die Zukunft anwendet. Vorläufig genügt es festzustellen, dass nach dem Kriege die kriegführenden Länder in hohem Masse versuchen werden, die Kriegsanleihen, selbst zu niedrigen Preisen, nach dem neutralen Auslande abzustossen. Das hat Frankreich nach dem Kriege von 1870/71 getan, das werden heute alle kriegführenden Länder tun müssen. Bei der beschränkten Aufnahmefähigkeit der wenigen neutralen Länder wird der Kampf

um das Kapital sehr scharf sein. Der Zinsfuss wird gewaltig ansteigen, und die Kapitalbeschaffung wird auf gewaltige Schwierigkeiten stossen. England, das 20 Jahre vor dem Kriegsausbruch Anleihen zu $2^1/_2$ % aufnehmen konnte, muss heute 6 % Zinsen für kurzfristige Anleihen zahlen. In England sind die Anlagemöglichkeiten auch während des Krieges nicht ganz verschwunden. Auch die Umorganisierung der Produktion hat dort mehr gekostet als in Deutschland. Darum ist die Geldbeschaffung in England während des Krieges schwerer als in Deutschland. Nach dem Kriege wird wahrscheinlich die Geldlage in Deutschland schwieriger werden als in England. Auf jeden Fall wird sie sich überall als schweres Hemmnis für den Wiederaufbau der Friedenswirtschaft erweisen. Der Kapitalmangel, der die Form ausserordentlich hoher Zinsfüsse annimmt, steht auf dem Wege der Wirtschaft.

Es gilt darum in erster Linie, die Kapitalakkumulation in der nächsten Zeit zu fördern, also zu «sparen», aber nicht in der Weise, dass die Volksmassen ihren schon auch sonst eingeschränkten Verbrauch noch weiter einschränken sollen, sondern in der Weise, dass der Luxuskonsum der Reichen eine Verminderung erfährt. Aus diesem Grunde fordert Lederer zunächst für die Staatswirtschaft, dass die durch den Krieg verursachte Steuerlast auf die Schultern der Reichen, vor allem derjenigen Kreise, die aus den Kriegsanleihen Zinsen erhalten, aufgewälzt werden. Die Einschränkung des Luxuskonsums hat fast keine weiteren Folgen für die Wirtschaft, hingegen wird die Einschränkung des Massenkonsums der Industrie ihre Grundlage nehmen.

Wenn, meint Lederer, Steuern von Bevölkerungskreisen erhoben werden, «deren Vermögen keine Veränderung oder eine Verminderung erfahren hat, so ist die Möglichkeit gegeben, dass diese den Verbrauch einschränken müssen, während die Besitzer von Rentenzinsen, die nicht in dem Belauf der Rentenzinsen besteuert werden, ihren Konsum *steigern*. Also Einschränkung des Massen-, Erhöhung des Luxuskonsums. Das würde aber zu einem Beharrungszustand auf Basis geringeren Massenkonsums führen . . ., und die Volkswirtschaft stabilisiere sich als eine «barbarische». *Man muss also trachten, Akkumulation des Kapitals zu erreichen durch Einschränkung des Luxuskonsums.* Völlig wird das nicht ausreichen, aber **bloss eine hohe direkte Besteuerung kann uns vor einem barbarischen Zustand der Volkswirtschaft schützen,** in den wir bei starker Steigerung der indirekten Steuern geraten müssten. Es muss als Maxime gelten: die Schichten, welche im Wesen die Kriegsanleihe gezeichnet haben oder hätten zeichnen können, müssen auch die Verzinsung derselben aufbringen» . . .

Das ist in bezug auf Deutschland geschrieben worden, trifft aber auch, wenn auch in beschränktem Masse, auf die Schweiz zu und gibt die beste Rechtfertigung unserer Forderung einer direkten Bundessteuer zur Bestreitung der Verzinsung der Mobilisationsanleihen. Jede andere Steuer schädigt die Industie und die Arbeiterschaft . . .

Auf die aus der geschilderten Sachlage zu folgernden anderen volkswirtschaftlichen Forderungen kommen wir in dem nächsten Artikel zu sprechen. *M. N.*

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Schweiz.

Die Zeitschrift für schweizerische Statistik bringt in ihrem ersten Heft des laufenden Jahrganges zwei wertvolle Abhandlungen über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Schweiz: ein Referat von Prof. *W. E. Rappard* und übersichtliche Tabellen von Prof. *Landmann*, die beide ein Bild der Entwicklung im letzten Jahrhundert geben. Wir möchten in der Hauptsache an Hand der Landmannschen Tabellen einige mehr charakteristische Züge dieser Entwicklung hervorheben.

Zunächst wenden wir uns der Bevölkerungsvermehrung zu, die doch die Grundlage des wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts bildet. Die Bevölkerung der Schweiz hat sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts um 37 % und in der zweiten Hälfte um 37,9 % vermehrt. Eine viel stärkere Vermehrung der Bevölkerung weist das folgende Jahrzehnt, um 1,25 % pro Jahr, auf.

Im ganzen hat sich die schweizerische Bevölkerung in 110 Jahren etwas mehr als verdoppelt (um 114 %), zum Teil infolge der starken Einwanderung. Das ist eine überaus langsame Entwicklung, die allein schon die Berechnungen und Schlussfolgerungen eines *Malthus* über den Haufen wirft. Die englische Bevölkerung hat sich in dieser Zeit vervierfacht, die schottische verdreifacht, die irländische hat dagegen ganz abgenommen, und zwar infolge der starken Auswanderung. Man sieht, es gibt kein absolutes Gesetz für die Bevölkerungsvermehrung für alle Länder, sondern das Wachstum der Bevölkerung hängt von den speziellen Verhältnissen des einzelnen Landes und der einzelnen Periode ab. Der jährliche Bevölkerungszuwachs im Jahrhundert 1800 bis 1900 war *pro Mille:* in Frankreich 3,7, in der Schweiz 6,4, in England und Wales 12,5 %. So gross sind die Unterschiede in der Bevölkerungsvermehrung von